

**Zweckverband Schienenpersonennahverkehr Rheinland-Pfalz Süd**  
**63. Verbandsversammlung – öffentliche Sitzung –**  
**am 29.04.2021 im digitalen Format über MS Teams**

**Beginn: 9:00 Uhr**  
**Ergebnisprotokoll**

Teilnehmer: siehe beigefügte Teilnehmerliste

**TOP 1 Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit**

Verbandsvorsteher Landrat Dr. Brechtel begrüßt die Teilnehmer und stellt fest, dass die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

**TOP 2 Genehmigung der Niederschrift zur 62. Verbandsversammlung**  
**Genehmigung der Tagesordnung**

Änderungswünsche zum Protokoll sowie zur Tagesordnung liegen nicht vor.

**Beschluss 63-02:**

***Die Niederschrift der 62. Verbandsversammlung sowie die Tagesordnung der 63. Verbandsversammlung werden ohne Änderung einstimmig genehmigt.***

**TOP 3 Nahverkehrsgesetz Rheinland-Pfalz –**  
**Neue Verbandsordnung ZÖPNV RLP Süd**

Verbandsdirektor Heilmann erläutert den aktuellen Sachstand mündlich. Herr Heilmann führt aus, dass es bzgl. der neuen Verbandsordnung, welche durch das neue Nahverkehrsgesetz notwendig wird, bereits intensive Abstimmungen zwischen dem Zweckverband SPNV RLP Süd, dem Verkehrsverbund Rhein-Neckar, dem Rhein-Nahe Nahverkehrsverbund sowie dem Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau gegeben hat.

Vor diesem Hintergrund besteht Einvernehmen zwischen dem Zweckverband Schienenpersonennahverkehr Rheinland-Pfalz Süd sowie den Verkehrsverbünden VRN und RNN, dass zu den Kernaufgaben des zukünftigen Zweckverband ÖPNV Rheinland-Pfalz Süd alle Themen im Bereich des Schienenpersonennahverkehrs und die Konzeption und Finanzierung der regionalen Bushauptlinien gehören soll. Die Aufgaben der neu geschaffenen Regionalausschüsse Pfalz und Rheinhessen-Nahe leiten sich aus § 7 (4) des neuen Nahverkehrsgegesetzes ab.

Der Verkehrsverbund Rhein-Neckar nimmt eine Sonderrolle ein. Vorschlagsweise soll sich der Regionalausschuss Pfalz der Geschäftsstelle des Zweckverbandes Verkehrsverbund Rhein-Neckar bedienen. Analog hierzu soll sich der

Regionalausschuss Rheinhessen-Nahe der Geschäftsstelle des Zweckverbandes Rhein-Nahe Nahverkehrsverbund bedienen.

Herr Puschel ergänzt, dass im Norden des Landes teilweise noch andere Vorschläge bestehen. In den weiteren Gesprächen werden weiterhin alle Beteiligten gemeinsam beraten. Er ist optimistisch, dass zeitnah eine finalisierte Verbandsordnung fertiggestellt sei.

Herr Oberbürgermeister Hebich weist auf die sich überlappenden Gebietszuschnitte und den dadurch notwendigen Abstimmungsbedarf zwischen VRN und RNN hin. Zudem fragt er nach, ob die Umsatzsteuerpflicht in Folge dieses Konstrukts in den derzeitigen Überlegungen eingeflossen ist. Herr Puschel antwortet, dass von Landeseite das Thema der Umsatzsteuerpflicht juristisch nicht gesehen wird, da die Finanzierung des VRN direkt geregelt sei. Herr Oberbürgermeister Hebich sieht den Sachverhalt anders, da eine GmbH für eine andere Organisationseinheit Leistung erbringt und dies mit dem rheinland-pfälzischen Finanzministerium geklärt werden müsse. Herr Malik bedankt sich für diesen Hinweis, der in den weiteren Gesprächen beachtet werden sollte.

Herr Landrat Körner fragt nach dem geplanten Zeitplan, da die Verbandsordnung auch im Kreistag beschlossen werden muss. Politische Diskussionen sind hierbei nicht ausgeschlossen.

Herr Heilmann geht davon aus, dass in der zum 15.07.2021 vorgesehenen 64. Verbandsversammlung die finalisierte Fassung diskutiert werden kann. Herr Puschel ergänzt, dass Ende Mai, spätestens jedoch Anfang Juni ein abgestimmter Entwurf vorliegt. Dieser könne dann bereits vor dem Termin am 15.07.2021 in den Gremien besprochen werden.

Frau Eder moniert, dass die Kommunen in die Debatte derzeit direkt nicht eingebunden sind. Um dieses wegweisende Thema auch in den Ausschüssen und lokalen Gremien behandeln zu können, ist dieser Zeitplan nach ihrer Ansicht nicht realistisch. Herr Landrat Dr. Brechtel, Herr Landrat Rubly, Herr Oberbürgermeister Hebich und Frau Heß-Schmidt schließen sich der Meinung an. Herr Landrat Körner ergänzt, dass am 15.07. lediglich unter Gremienvorbehalt zugesimmt werden könne und der Beschluss somit nicht zielführend sei.

Herr Landrat Ihlenfeld weist darauf hin, dass mutmaßlich der Bereich ÖPNV in ein Ressort der Grünen übergehen wird. Er fragt, ob in diesem Zusammenhang Verzögerungen zu erwarten seien. Herr Puschel weist darauf hin, dass das neue Nahverkehrsgesetz bereits in Kraft getreten sei. Die dortigen Anforderungen müssen nun in die Verbandsordnung übernommen werden.

Herr Oberbürgermeister Hebich fragt nach, ob das neue Nahverkehrsgesetz Fristen zur Umsetzung nennt. Herr Puschel antwortet, dass im Gesetz eine Frist von 3 Monaten vorgesehen sei. Auch von Seiten des Landes hat die seriöse Einbindung der lokalen Gremien jedoch absolute Priorität. Durch die vorhandenen Übergangsregelungen sei auch eine Beschlussfassung nach der Sommerpause denkbar.

**Beschluss 63-03:**

**Die Verbandsversammlung nimmt den aktuellen Zwischenstand bezüglich der neuen Verbandsordnung zur Kenntnis und beauftragt die Geschäftsstelle, bzw. den Verbandsvorsteher, die Gespräche zu dieser Thematik auf Basis der dargestellten Eckpunkte weiterzuführen.**

**Die Verbandsversammlung beschließt den Vorschlag einstimmig bei Enthaltung des Landes.**

**TOP 4 Vereinbarung Verlängerung S 3 Germersheim – Karlsruhe**

Herr Heilmann erläutert die Vorlage.

**Beschluss 63-04:**

**Der Verbandsvorsteher wird ermächtigt, die Vereinbarung bezüglich der Verlängerung der S 3 von Germersheim über Wörth nach Karlsruhe (und in der Gegenrichtung von Karlsruhe über Wörth nach Germersheim) mit der DB Regio AG zu unterzeichnen.**

**Diesem Beschlussvorschlag stimmt die Verbandsversammlung einstimmig zu.**

**TOP 5 Vereinbarung Kapazitätsausweitung S-Bahn Rhein-Neckar**

Herr Heilmann erläutert die Vorlage.

Herr Puschel weist darauf hin, dass es sich bei diesem Projekt um eine einmalige Chance handelt. Im Sinne der Verkehrswende sollte diese wahrgenommen werden, weshalb er von Seiten des Landes volle Unterstützung zusagt. Herr Malik sieht ebenfalls eine große Chance in der Anschaffung dieser zusätzlichen Fahrzeuge, um zukünftigen Fahrgastzuwachsen in der Zeit nach der Corona-Pandemie gewappnet zu sein.

Herr Thewalt ergänzt, dass alle S-Bahnen innerhalb der Stadt Ludwigshafen an allen Stationen zukünftig halten sollten. Herr Heilmann erinnert an die schon umgesetzten Verbesserungen in Mundenheim und Rheingönheim. Aufgrund der engen Trassenbelegung sind jedoch teilweise nicht immer alle Halte bei den S-Bahnen möglich. Er weist auf die derzeit stattfindenden Gespräche in dieser Sache hin.

**Beschluss 63-05:**

**Die Verbandsversammlung ermächtigt den Verbandsvorsteher, die Vereinbarung mit der DB Regio AG bezüglich der Kapazitätserweiterungen bei der S-Bahn Rhein-Neckar, Los 1, mittels elf zusätzlichen Elektrotriebwagen des Typs „ET 425“ ab dem Jahresfahrplan 2022 (Beginn 12/2021) für die Dauer dieses Verkehrsvertrages (12/2033) abzuschließen.**

**Die hierfür erforderlichen Finanzmittel werden seitens des Landes Rheinland-Pfalz dem Zweckverband Öffentlicher Personennahverkehr Rheinland-Pfalz Süd zugewiesen.**

**Diesem Beschlussvorschlag stimmt die Verbandsversammlung einstimmig zu.**

## **TOP 6 Sachstand ÖPNV-Konzept Pfalz**

Herr Heilmann erläutert die Vorlage.

Frau Landrätin Ganster begrüßt den Start in die Planungen des ÖPNV-Konzepts Pfalz und fragt nach, wie die Einbindung des lokalen Know-how vorgesehen ist. Herr Heilmann kündigt ein analoges Vorgehen wie in Rheinhessen-Nahe an. Während in Workshops mit den ÖPNV-Referenten gemeinsam das Konzept erarbeitet wird, wird in den Verbandsversammlungen regelmäßig über den Sachstand informiert.

### **Beschluss 63-06:**

**Die Verbandsversammlung nimmt den Vorlagenbericht zur Kenntnis.**

## **TOP 7 Machbarkeitsuntersuchung für die (stillgelegte) Bahnstrecke Landau – Germersheim – weitere Vorgehensweise**

Herr Heilmann erläutert die Vorlage.

Herr Seefeldt begrüßt das Vorgehen ausdrücklich und verweist auf die in den lokalen Gremien gefassten Resolutionen dazu.

Herr Hartmann hofft, dass in der Zukunft auch die Strecke Landau – Herxheim (Rülzheim) reaktiviert werden kann. Bezuglich der Reaktivierung der Bahnstrecken Landau – Germersheim sieht er jedoch in dieser Vorgehensweise einen wichtigen weiteren Schritt, Bahnstrecken in der Südpfalz wieder in Betrieb zu nehmen.

Herr Puschel begrüßt das Vorgehen ebenfalls und weist darauf hin, dass die Strecke Landau – Germersheim bei einer erneuten Durchführung einer NKU (im Vergleich zur stillgelegten Bahnstrecke Landau – Herxheim) die besseren Erfolgschancen haben könnte. Die Eckpunkte der neuen standardisierten Bewertung sollen nach seinen Erkenntnissen schon im Sommer dieses Jahres durch den Bund benannt werden, was weitere Planungssicherheit geben würde.

### **Beschluss 63-07:**

**Als Ergebnis der Nutzen-, Kostenuntersuchungen für die Reaktivierung der Schienenstrecken Landau – Germersheim und Landau – Herxheim**

**(Rülzheim) konnte ausgearbeitet werden, dass bei einer erneuten Durchführung dieser Untersuchungen mit den neuen Kriterien des Bundesverkehrsministeriums die Bahnlinie Landau – Germersheim die besseren Chancen hat, ein positives volkswirtschaftliches Ergebnis zu erzielen.**

**Vor diesem Hintergrund wird die Geschäftsstelle des Zweckverbandes beauftragt, die Kosten für eine Vorentwurfsplanung bezüglich der Reaktivierung, bzw. Wiederherstellung der Eisenbahninfrastruktur der Bahnstrecke Landau – Germersheim zu ermitteln.**

**Die Finanzierung dieser Planungskosten erfolgt (vorbehaltlich des Beschlusses der kommunalen Gremien) nach dem folgenden Kostenschlüssel:**

- **Land: 49,1 %**
- **Landkreis Germersheim: 16,7 %**
- **Landkreis Südliche Weinstraße: 16,7 %**
- **Stadt Landau: 16,7 %**

**Dem Beschlussvorschlag wird durch die Verbandsversammlung einstimmig zugestimmt.**

#### **TOP 8 Machbarkeitsuntersuchung für die (stillgelegte) Bahnstrecke (Grünstadt-) Eiswoog – Enkenbach (-Kaiserslautern)**

Herr Heilmann erläutert die Vorlage.

Herr Landrat Guth weist auf die Bedeutung für den Pendlerverkehr und den hohen touristischen Wert der Strecke hin. Er wirbt für das Projekt.

Frau Heß-Schmidt begrüßt die mögliche Machbarkeitsuntersuchung, weist jedoch auch auf die vermutlich hohen Investitionen hin, da zahlreiche Viadukte und ein Tunnel im stillgelegten Streckenabschnitt liegen.

Herr Ruhland bittet um Verständnis, dass seitens der Stadt Kaiserslautern keine Finanzierungszusage zu dieser Machbarkeitsuntersuchung gegeben werden kann. Dies sei darin begründet, dass die Stadt Kaiserslautern nicht direkt an der zu reaktivierenden Strecke liege und deshalb aus seiner Sicht kein Finanzierungsgrund vorliegen würde.

Herr Landrat Ihlenfeld sagt die Unterstützung zu diesem Projekt zu.

Herr Verbandsvorsteher Landrat Dr. Brechtel appelliert an die Stadt Kaiserslautern, dies noch einmal positiv zu prüfen und in den Gremien zu behandeln.

#### **Beschluss 63-08:**

**Die Geschäftsstelle des Zweckverbandes wird beauftragt, in Abstimmung mit dem Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau**

**eine Nutzen-, Kostenuntersuchung für eine Reaktivierung der derzeit stillgelegten Bahnstrecke (Grünstadt-) Eiswoog – Enkenbach (-Kaiserslautern) durchzuführen.**

**Die betroffenen Gebietskörperschaften, d.h. die Landkreise Bad Dürkheim, Donnersbergkreis sowie der Landkreis und die Stadt Kaiserslautern erklären zusammen mit dem Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau und dem Zweckverband Schienenpersonennahverkehr ihre Bereitschaft, diese Nutzen-, Kostenuntersuchungen gemäß dem o.g. Finanzierungsschlüssel zu finanzieren. Hierzu wird zeitnah und vor Einleitung der weiteren Schritte eine Kooperationsvereinbarung zwischen den Beteiligten abgeschlossen.**

**Die Kosten für die erforderlichen Infrastrukturuntersuchungen werden durch das Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau getragen.**

**Der Beschluss wird einstimmig (bei einer Enthaltung der Stadt Kaiserslautern die diesbezüglich keine Finanzierungszusage erteilen konnte) getroffen.**

## **TOP 9 Vereinbarung Mobilitätsservicezentrale**

Herr Heilmann erläutert die Vorlage.

### **Beschluss 63-09:**

**Die Verbandsversammlung ermächtigt den Verbandsvorsteher, die Vereinbarung bezüglich der Mobilitätsservicezentrale mit der DB Station & Service AG abzuschließen.**

**Der Beschluss wird einstimmig gefasst.**

Um 10:35 Uhr schließt Herr Landrat Dr. Brechtel den öffentlichen Teil der Verbandsversammlung.

Der Verbandsvorsteher



Dr. Fritz Brechtel  
Verbandsvorsteher Zweckverband  
Schienenpersonennahverkehr  
Rheinland-Pfalz Süd

Für das Protokoll



Rouven Essig-Feulner